



BERLIN

AKTUELL

Ausgabe 177

06. Juli 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause liegt hinter uns und hat einige erfreuliche Entwicklungen mit sich gebracht. Zum einen haben wir (endlich) den Bundeshaushalt für 2018 verabschiedet. Dieser sieht neben Investitionen in Rekordhöhe zum vierten Mal in Folge keine neuen Schulden vor. Befürchtungen, dass durch einen SPD-Finanzminister die nachhaltige Haushaltsführung der CDU ein Ende finden wird, sind somit erst einmal widerlegt.

Die erfreulichste Nachricht in dieser Woche war jedoch die Einigung im Asylstreit zwischen CDU und CSU. Gestern konnte zudem ein Kompromiss mit der SPD gefunden werden, sodass die Koalition in dieser Frage nun wieder eine gemeinsame Position vertritt. Diese Nachricht trägt sicherlich auch dazu bei, dass wir alle beruhigt in die Sommerpause starten können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine schöne und erholsame Ferien- und Urlaubszeit. Ich werde mich im September wieder wie gewohnt mit aktuellen Neuigkeiten aus Berlin und aus dem Wahlkreis melden.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

HAUSHALT 2018

Rekordinvestitionen und keine neuen Schulden

Der in dieser Woche verabschiedete Bundeshaushalt für 2018 verdeutlicht: Der Kurs der Union und insbesondere die Arbeit von Wolfgang Schäuble in den vergangenen vier Jahren wird fortgesetzt. Denn auch in diesem Jahr

der Breitbandausbau schneller vorangetrieben und die digitale Infrastruktur an Schulen finanziert werden sollen.

Der Haushalt 2018 spiegelt jedoch nicht nur in diesem Bereich die Schwerpunktsetzung des Koalitionsvertrages wider.



macht der Bund keine neuen Schulden. Den Ausgaben in Höhe von 343,6 Milliarden Euro stehen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Gleichzeitig haben wir es nach dem Rekordjahr 2017 geschafft, die Investitionsausgaben nochmal um sechs Milliarden Euro auf 39,8 Milliarden Euro zu erhöhen. Den Weg der vergangenen Jahre setzt also auch diese Regierung konsequent fort: Keine neuen Schulden bei gleichzeitiger sukzessiver Erhöhung der Investitionen. Ein Großteil der Mehrinvestitionen, nämlich 2,4 Milliarden Euro, kommt dabei dem „Digitalfonds“ zugute, mit dem

Innere Sicherheit

Insgesamt wird der Etat des Innenministeriums um 14 Milliarden Euro ansteigen. 5,4 Milliarden Euro entfallen dabei auf den Bereich der inneren Sicherheit. Das sind 600 Millionen Euro mehr als im Jahr 2017. Dabei wird insbesondere in die Personalstärke sowie die Ausstattung der Sicherheitsbehörden, allen voran der Polizei, investiert. Bei der Bundespolizei werden in diesem Jahr 3075 neuen Stellen und beim Bundeskriminalamt 525 neue Stellen entstehen. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird weiter entlastet. Es wer-

den 1600 neue Stellen entstehen und knapp 4500 Stellen entfristet werden. Auch die Verbesserung der Ausstattung der Sicherheitskräfte kommt nicht zu kurz. Allein für die Modernisierung der Polizei-Fahrzeuge in den Ländern (!) werden die Mittel um die Hälfte auf 29 Millionen Euro erhöht. Die Mittel des äußerst erfolgreichen KfW-Programms „Kriminalprävention durch Einbruchssicherung“ werden ebenfalls um 15 Millionen Euro auf 65 Millionen Euro erhöht.

Ländliche Räume

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land ist eine der großen Überschriften des Koalitionsvertrages. Mit sechs Milliarden Euro ist der Etat des prioritär zuständigen Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft so groß wie noch nie. 55 Millionen Euro fließen dabei in das Bundesprogramm für ländliche Entwicklung (BULE), welches Modell- und Demonstrationsvorhaben und dabei insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten unterstützt. Auch Projekte in meinem Wahlkreis haben von diesem Programm in den vergangenen Jahren immer wieder profitiert.

Tief verwurzelt in den ländlichen Regionen sind natürlich die landwirtschaftlichen Betriebe. Sie stehen durch die Wetterkapriolen derzeit vor enormen Herausforderungen. Daher ist es gut und wichtig, dass der Bundeszuschuss

zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung mit 178 Millionen Euro verstetigt werden konnte.

Der Haushaltsentwurf sieht ebenso vor, dass der Bund die Länder und Gemeinden intensiver bei ihren Aufgaben unterstützt. Sei es bei der Ausstattung der Schulen, beim öffentlichen Nahverkehr oder dem Ausbau der Infrastruktur. Die hierfür notwendigen Grundgesetzänderungen sollen schnellstmöglich beschlossen werden. Insbesondere die ländlichen Regionen werden hiervon profitieren.

Familien

Familien profitieren in diesem Jahr insbesondere durch die Einführung des Baukindergeldes. Die Union hat durchgesetzt, dass es keine Wohnraumbegrenzung geben wird. In diesem Jahr stehen daher 260 Millionen Euro für das Baukindergeld zur Verfügung. Bis zum Ende der Legislaturperiode sind insgesamt 2,7 Milliarden Euro vorgesehen. Hunderttausende Familien werden sich so ihren Traum vom Eigenheim erfüllen können. Ebenso haben wir die Mittel für das Elterngeld und den Unterhaltsvorschuss erhöht.

Verteidigung

Die Union steht zum 2%-Ziel der NATO und zur Bundeswehr. So steigt der Verteidigungsetat in diesem Jahr um 1,6 Mrd. Euro im Vergleich zu 2017. Für

die Ausbildung, die Versorgung und die Ausrüstung unserer Soldaten wurden dabei 43 Millionen Euro bewilligt. Klar ist aber auch, dass das noch nicht das Ende sein kann. Wir sind nach wie vor weit vom 2%-Ziel entfernt und wir brauchen angesichts der heutigen globalen Herausforderungen mehr denn je eine gut aufgestellte Bundeswehr. Daher müssen im kommenden Haushaltsentwurf weitere, spürbare Steigerungen enthalten sein.

Verkehrsinfrastruktur

Eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist existenziell für eine hohe Lebensqualität und den Erfolg des Industriestandorts Deutschland. Daher haben wir auch in diesem Bereich Rekordinvestitionen zu verzeichnen. 200 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr gibt der Bund für den Ausbau des 5G-Standards, die Modernisierung des Bahnfunknetzes, umweltfreundliche Antriebstechnologien wie Wasserstoff und Brennstoffzelle oder zur Marktreifung des automatisierten Fahrens aus.

Und noch eine gute Nachricht zum Schluss: Die Verabschiedung des kommenden Haushalts wird nicht erneut eine derart lange Zeit in Anspruch nehmen. Zum einen stehen keine Wahlen an und zum anderen soll das Kabinett bereits heute über den Entwurf des Bundeshaushaltes 2019 abstimmen.

MITTELSTAND

Eifeler Unternehmer zu Besuch in Berlin



Foto: Landesgruppe Rheinland-Pfalz

Zum Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion durfte ich auch in diesem Jahr wieder erfolgreiche Unternehmer aus dem Wahlkreis in Berlin begrüßen. In diesem Jahr waren Theo teBaay, Geschäftsführer der

Rauschert Oberbettingen GmbH, und Matthias Kuhl, Geschäftsführer der Premosys GmbH in Kalenborn-Scheuern, zu Gast in Berlin. Bevor es zum Sommerfest ging, trafen wir uns vorab zum Austausch mit der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft und CDU-Landesvorsitzenden Julia Klöckner.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 71881

MIGRATION

Quadratur des Kreises ist gelungen - Einigung im Asylstreit

Nachdem zu Beginn der Woche bereits CDU und CSU sich auf Maßnahmen zur künftigen Steuern der Migration verständigt haben, konnte gestern auch eine Einigung mit der SPD erzielt werden.

Nach den vielen Irrungen und Wirrungen der vergangenen Wochen ist dies zunächst einmal eine gute Nachricht. Konkret sieht die gestrige Vereinbarung zwischen den Koalitionspartnern folgende Maßnahmen vor:

- Personen, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedsland einen Asylantrag gestellt haben, sollen künftig an der deutsch-österreichischen Grenze auf Grundlage von bilateralen Abkommen in das zuständige Land zurückgewiesen werden. Für das damit im Zusammenhang stehende Transitverfahren werden bestehende Einrichtungen der Bundespolizei genutzt. Die Errichtung neuer Transitzentren ist somit zunächst nicht vorgesehen.

- Für Personen, die bereits in einem anderen Land registriert wurden, ist ein besonderes beschleunigtes Verfahren in den sogenannten ANKER-Zentren vorgesehen. Dieses Verfahren soll keine Asylprüfung enthalten, sondern lediglich feststellen, welches Land nach der Dublin-Verordnung zuständig ist. Um die Rücküberstellung dieser Personen in das zuständige EU-Land zu beschleunigen, sollen ebenfalls bilaterale Abkommen getroffen werden. Zudem wird künftig der Bund anstelle der Länder die Rückführung dieser Personen übernehmen.

- Ein Einwanderungsgesetz soll noch in diesem Jahr von der Bundesregierung erarbeitet werden.

Ansichts dieser nun vereinbarten

wochenlang als inakzeptabel abgelehnt haben. Daher ist es umso erfreulicher, dass alle Beteiligten nun zur Besinnung gekommen sind. Auch wenn wir heute

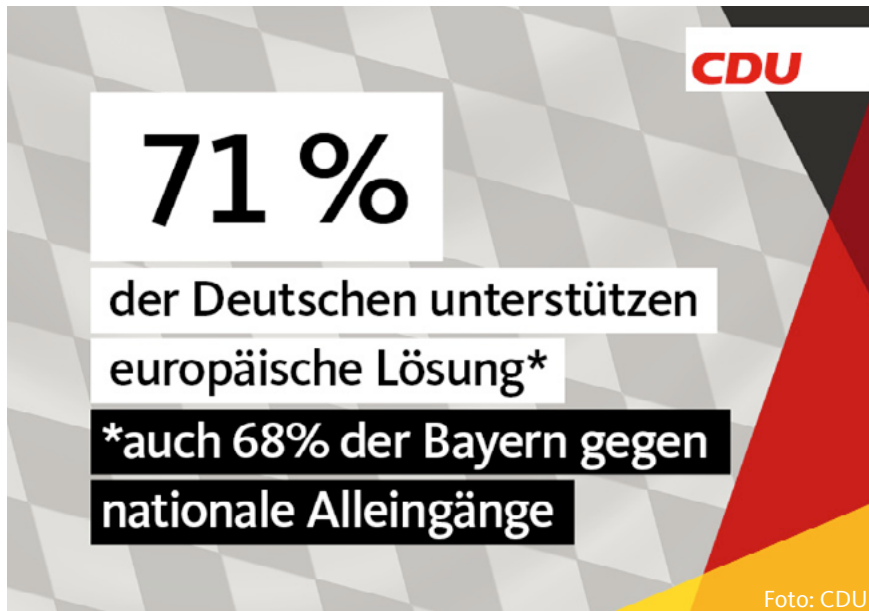
feststellen müssen, dass diese Einigung ohne die machtpolitischen Spielereien der vergangenen Wochen schon wesentlich früher möglich gewesen wäre.

Neben den genannten Maßnahmen muss es jedoch weiterhin unser übergeordnetes Ziel sein, ein europäisches Asylsystem mit gleichen Standards in allen EU-Ländern zu entwickeln. Nur so werden wir es langfristig schaffen,

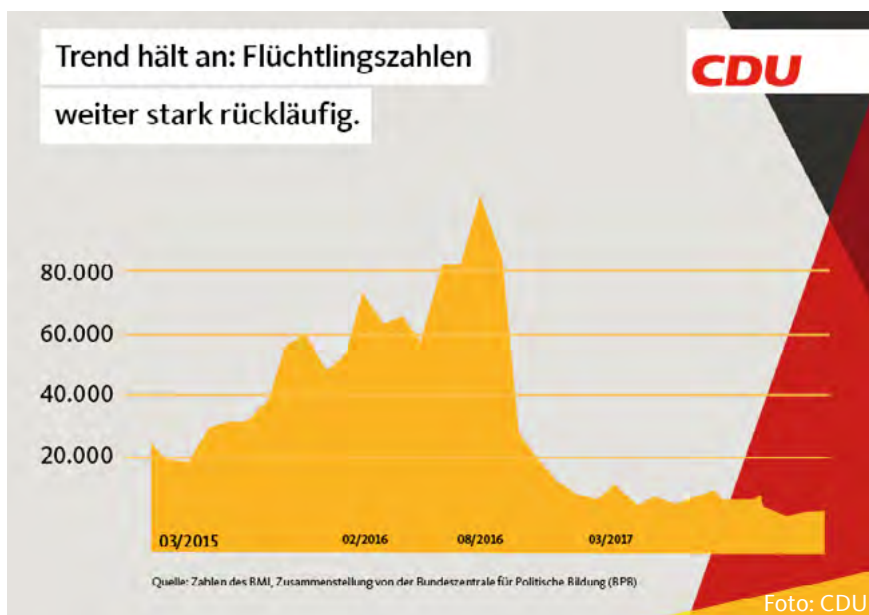
Ersteinreiseländer wie Italien und Griechenland, aber auch Länder wie Deutschland mit hohen Asylstandards zu entlasten. Das ist zweifelsfrei eine Herkulesaufgabe, die nun aber endlich zielstrebig angegangen werden muss.

Abseits der beschriebenen Sachfragen ist für mich in dieser Woche der entscheidende Erfolg, dass die Gemeinschaft von CDU und CSU fortgeführt wird. Die Union ist eine Schicksalsgemeinschaft, die nicht aus machtpolitischen Gründen auseinander definiert werden darf. Eine konstruktive Zusammenarbeit ist dafür unabdingbar. Dies scheint nun wieder möglich. CDU und CSU haben gemeinsam in den vergangenen

14 Jahren dazu beigetragen, Deutschland auf die Erfolgsspur zu bringen. Diesen Weg wollen und müssen wir gemeinsam fortsetzen.



Maßnahmen verwundert die Eskalation, die in den vergangenen Wochen von Seiten der CSU betrieben wurde, umso mehr. Diese Maßnahmen tragen den Grundgedanken, keine nationalen Alleingänge ohne die Einbindung der EU-Partner zu unternehmen. Dies



entspricht exakt der Position, die Angela Merkel und die CDU zu Beginn des neuerlichen Asyl-Streits vertreten haben. Und es entspricht exakt der Position, die Horst Seehofer und die CSU